

PRESSEMITTEILUNG

25.04.24

Rechtsextremismus: Unterstützungsangebote ausbauen

Die LKS hat untersucht, ob es in Bayern eine Nachfrage nach zivilgesellschaftlicher Distanzierungsberatung gibt

Die Nachfrage nach Beratung zum Thema Rechtsextremismus steigt. Und es gibt Bedarf für zivilgesellschaftliche Angebote, die in Bayern Distanzierungsarbeit leisten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Bedarfsanalyse, die die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) mit Förderung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales durchgeführt hat. Distanzierungsarbeit richtet sich zum Beispiel an Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit, deren Klient:innen rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Positionen vertreten.

Seit Januar steigen die Anfragen an die drei Beratungsstellen aus dem Beratungsnetzwerk Bayern gegen Rechtsextremismus, welches die LKS koordiniert. Besonders deutlich wird das bei der Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus (F.U.E.R.). Dort haben sich die Fallzahlen im ersten Quartal 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdoppelt. Unter den Ratsuchenden sind viele Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit. Sie suchen Unterstützung im Umgang mit Klient:innen, die rechtsextreme Einstellungen haben oder Verschwörungsnarrative verbreiten.

Die Beratungsanfragen spiegeln die Ergebnisse der Bedarfsanalyse wider, welche die LKS im Jahr 2023 unter Fachkräften der Sozialen Arbeit durchgeführt hat. In qualitativen Interviews ermittelte sie, ob es einen Bedarf für zivilgesellschaftlich getragene Distanzierungsberatung in Bayern gibt. Eine zivilgesellschaftliche Trägerschaft wurde besonders berücksichtigt, weil der Zugang zu einem solchen Angebot deutlich niedrigschwelliger ist als zu vergleichbaren Beratungsleistungen von Sicherheitsbehörden. Außerdem wurde untersucht, wie ein entsprechendes Angebot ausgestaltet sein könnte.

"Der Bedarf für zivilgesellschaftliche Angebote der Distanzierungsarbeit wird seit Jahren immer deutlicher, vor allem unter Fachkräften aus der Sozialen Arbeit", erklärt LKS-Leiterin Nicola Hieke. "Mit der Bedarfsanalyse konnten wir diesen dank der Unterstützung durch das Sozialministerium konkretisieren und haben wertvolle Erkenntnisse gewonnen", so Hieke. "Distanzierungsarbeit kann verhindern, dass sich bei Menschen ein extrem rechtes Weltbild verfestigt – und am Ende auch dazu beitragen, Gewalttaten zu verhindern."

In mehreren Bundesländern gibt es bereits zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, die Ausstiegsund Distanzierungsberatung durchführen. Die Bedarfsanalyse der LKS gibt einen Überblick über diese Angebote und ihre Arbeitsweise. In Bayern gibt es bisher noch kein überregionales zivilgesellschaftliches Angebot, das Distanzierungsberatung leistet. Allerdings existieren einzelne lokale Projekte mit ähnlichem Schwerpunkt und ein staatliches Angebot, das für die Ausstiegsberatung zuständig ist.



Die Ergebnisse legen nahe, dass der Fokus zunächst darauf liegen sollte, Fachkräfte in den Regelstrukturen zu unterstützen und weiterzubilden. Die LKS steht im Austausch mit dem Sozialministerium um zu klären, unter welchen Voraussetzungen ein entsprechendes Angebot umgesetzt werden könnte.

Die Analyse "Können Sie nicht mal mit dem reden?" Bedarfsanalyse zu zivilgesellschaftlich getragenen Maßnahmen der Distanzierungsarbeit in Bayern" steht <u>hier</u> als PDF-Dokument zur Verfügung.

Kontakt

Christoph Spöckner (er/ihm) mobil 0151 212 212 11 spoeckner.christoph@lks-bayern.de

Über die LKS

Die <u>Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS)</u> bietet umfangreiche Beratungs- und Informationsleistungen bei der Auseinandersetzung mit den Themenbereichen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in Bayern. Mit ihren Beratungsstellen, der <u>Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern</u> und der <u>Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus (F.U.E.R.)</u> unterstützt sie Einzelpersonen, Familien und Angehörige, Vereine, Verbände, Schulen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Kommunen, Firmen und Bürgerbündnisse.

Die LKS ist eine Einrichtung des <u>Bayerischen Jugendrings</u> (<u>BJR</u>). Sie wird im Rahmen des <u>Bundesprogramms</u> <u>"Demokratie leben!" des <u>Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</u> gefördert und vom <u>Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales</u> unterstützt.</u>